

# Dolchstoß in den Rücken der arabischen Freiheitsbewegung



Die Lage in der arabischen Welt ist angespannt. Menschen gehen auf die Straßen und Plätze, kämpfen für Freiheit und Demokratie. In einigen arabischen Ländern stemmen sich Despoten mit allen verfügbaren Mitteln gegen die Menschen- und Bürgerrechtsbewegungen – oft auch mit Panzern. Blutigstes Beispiel ist der Bürgerkrieg in Libyen. In dieser Situation will die Bundesregierung 200 Kampfpanzer nach Saudi-Arabien liefern – in ein Land, das die eigenen Leute unterdrückt und Freiheitsbewegungen in der ganzen Region bekämpft.

## Bundesregierung verrät die Freiheitsbewegungen in der arabischen Welt

### Der Anspruch:

- ▶ Union und FDP hatten eine „wertegebundene Außenpolitik“ versprochen. Noch am 26. Mai 2011 erklärte Angela Merkel im Deutschen Bundestag: „Es ist deshalb eine historische europäische Verpflichtung, den Menschen, die heute in Nordafrika und in Teilen der arabischen Welt auf die Straße gehen, zur Seite zu stehen.“

### Die Wahrheit:

- ▶ Sprachlosigkeit der Bundesregierung bei den Revolutionen in Tunesien und Ägypten.
- ▶ Gegen die Bitte der libyschen Opposition, gegen den Wunsch der Arabischen Liga, der Afrikanischen Union, der europäischen Partner und gegen das Votum der USA verweigerte die Bundesregierung ihre Zustimmung zur UN-Resolution, durch die ein Massenmord in Libyen verhindert werden sollte.
- ▶ Mit dem Leopard-Panzer will die Bundesregierung Saudi Arabien nun eine Waffe liefern, die laut Herstellerangaben geeignet ist, Aufstände zu bekämpfen. Saudi Arabien ist ein Land, das die eigene Bevölkerung unterdrückt und das jüngst die Oppositionsbewegung im benachbarten Bahrain militärisch niedergedrückt hat.

## Die SPD steht an der Seite der arabischen Freiheitsbewegung – für eine Exportpolitik mit Verantwortung!

- Im Jahr 2000 hatte die SPD-geführte Bundesregierung die Richtlinien für Rüstungsexporte verschärft: „Genehmigungen für Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern werden grundsätzlich nicht erteilt, wenn hinreichender Verdacht besteht, dass diese zur internen Repression (...) oder zu sonstigen fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden. Für diese Frage spielt die Menschenrechtssituation im Empfängerland eine wichtige Rolle“, heißt es da.
- Bereits im März hatte die SPD-Fraktion die Bundesregierung in einem Antrag aufgefordert, zu einer restriktiven Politik bei Rüstungsexporten zurückzukehren.

## NEIN zum Bruch der Grundsätze deutscher Sicherheitsinteressen!